

# BLICK - Veröffentlichung vom Mittwoch, den 29. April 2015

## „Alle müssen sich einbringen“

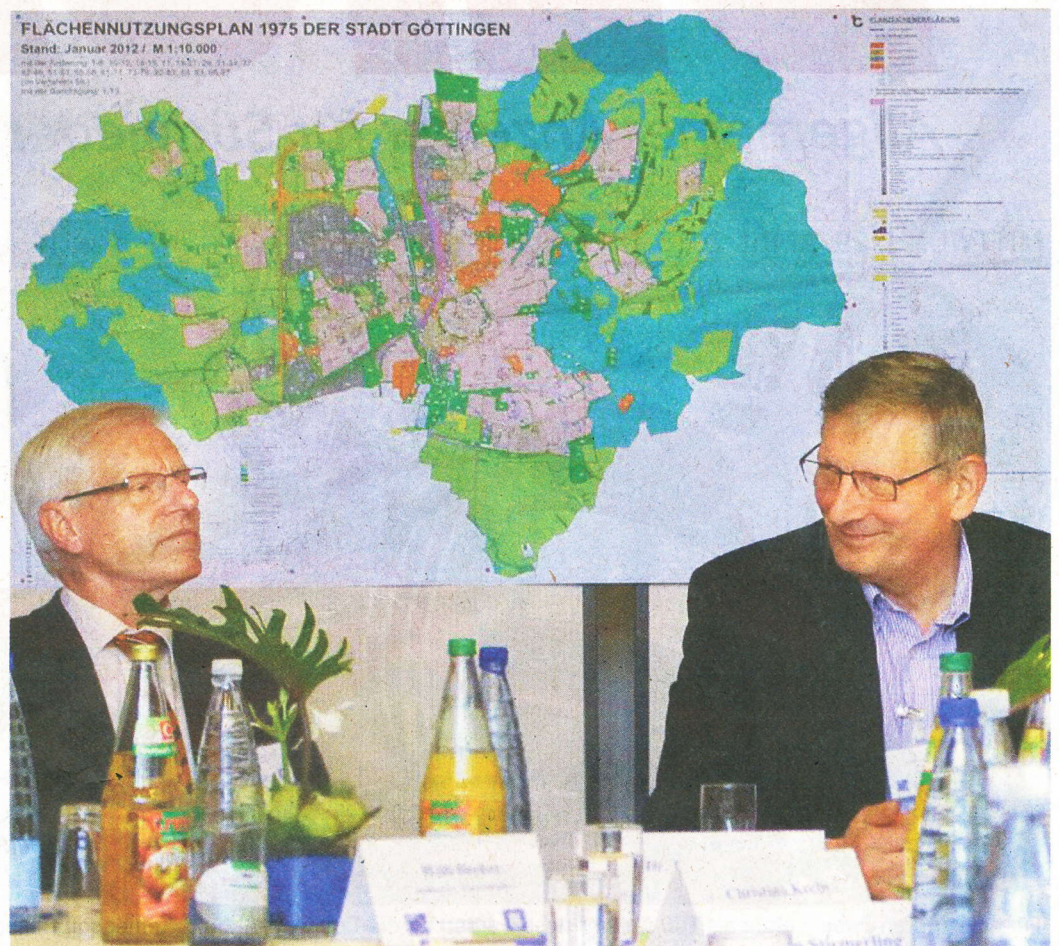
Parlamentarischer Abend: **Flächennutzungsplan** sorgt für Diskussionen

Göttingen. Der neue Göttinger Flächennutzungsplan (FNP) ist in diesem Jahr Kernthema des traditionellen Parlamentarischen Abends im Holbornschen Haus gewesen.

Beim jährlichen Zusammentreffen, zu dem regelmäßig der Grundeigentümergebiet Haus und Grund einlädt, diskutieren Vertreter aus Verwaltung, Politik und Presse über aktuelle Themen des Stadtgeschehens. Diesmal nutzten Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler, Stadtbaurat Thomas Dienberg, der Erste Stadtrat Hans-Peter Suermann sowie Mitglieder aller Ratsfraktionen die Möglichkeit zum ungezwungenen Meinungsaustausch. Durch den Abend führte erneut Dr. Dieter Hildebrandt, Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht. Vier weitere Vorstandsmitglieder von Haus und Grund sowie der Justiziar der Geschäftsstelle und die Pressesprecherin des Vereins ergänzten die Diskussionsrunde.

„Der Flächennutzungsplan ist ein wichtiges Instrument zur Planung der Stadtentwicklung. Die Vorarbeit hierzu wurde mit dem Leitbild 2020 und dem Innenstadtleitbild, an dem wir mitgearbeitet haben, geleistet“, führte Hildebrandt zu Beginn der Gesprächsrunde aus. Göttingen gebe sich damit einen neuen Handlungsrahmen für die zukünftige Stadtentwicklung. Hier gelte es, die verschiedenen Interessen der Bürger zu berücksichtigen.

Stadtbaurat Dienberg hob hervor, dass es künftig diverse



Diskutieren beim Parlamentarischen Abend (v.l.): Willi Becker und Dr. Dieter Hildebrandt (beide Vorstand Haus und Grund).

FOTO: KREIDE

öffentliche Sitzungen der Fachausschüsse im Rathaus und insgesamt acht Bürgerveranstaltungen zum Thema FNP geben wird. Auch werde erstmals ein Landschaftsplan aufgestellt. Oberbürgermeister Köhler betonte, dass es keine Denkblokkaden geben dürfe, wenn der

Wohnraumbedarf für Studenten, Wissenschaftler und andere zuziehende Bürger gedeckt werden soll. „Wir sind eine Stadtgesellschaft, die sich aus Bürgern, Politik und Verwaltung zusammensetzt. Alle müssen sich einbringen. Es sind sorgfältige Abwägungen nötig. Wo soll Nach-

verdichtung stattfinden, wo hat der Landschaftsschutz Vorrang?“ Wichtig sei auch die Frage danach, wo Arbeit und wo Wohnen künftig stattfinden solle. Ungefähr zwei Jahre wird es voraussichtlich dauern, bis der neue Flächennutzungsplan verabschiedet wird. mr / red